



Inhalt

[7. dbb Medienkonferenz diskutierte über Medienlandschaft der Zukunft – Heesen und Bellut: Qualität der Inhalte gewährleisten+++](#)

[14.000 Beschäftigte demonstrieren vor dem Landtag in Dresden+++](#)
[Baden-Württemberg: Altersteilzeit für schwerbehinderte Tarifbeschäftigte+++](#)

[Präsident der Rentenversicherung: Rücklagen müssen Beitragszahlern und Rentnern zugutekommen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Pakt mit der Landesregierung: BWL und Finanzminister bewegen sich aufeinander zu+++](#)

[sbb zum Dienstrecht-Gesetzentwurf: „Gemischte Gefühle“](#)

[Bullerjahn neuer TdL-Chef: dbb sachsen-anhalt erwartet harte, aber faire Verhandlungen+++](#)

[Finanzämter erledigten 2011 weniger Einsprüche gegen Steuerbescheide+++](#)

[VBB: Beamte von Bundeswehrreform enttäuscht](#)

[BDF: „Betreten verboten“ darf es im Wald nicht geben](#)

[VBE-Chef Beckmann: „Quote der Schulabbrecher immer noch zu hoch“](#)

[Philologenverband bewertet Aussagekraft mancher Bildungsumfragen skeptisch](#)

[DPoIG fordert europäisches Netzwerk zur Kriminalprävention+++](#)

[Namen und Nachrichten +++](#)

aktuell

7. dbb Medienkonferenz diskutierte über Medienlandschaft der Zukunft – Heesen und Bellut: Qualität der Inhalte gewährleisten

(dbb) Die rasanten technischen Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Medienlandschaft waren Thema der 7. dbb Medienkonferenz am 11. und 12. September 2012 in Berlin.

Zum Auftakt sagte Peter Heesen, Bundesvorsitzender des gewerkschaftlichen Dachverbandes, am 11. September im dbb forum in Berlin, alle Medienmacher müssten – gewollt oder ungewollt, ihren Blick immer stärker auf die Kostensituation richten. „So haben wir angesichts der Regelungen, die die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) für die Gebührenperiode festgelegt hat, dramatische Entwicklungen vor uns – sowohl im Programm- als auch im Personalbereich.“ Mit den technischen Veränderungen sei auch die Frage verbunden, „was Medien künftig zu leisten imstande sind und wer bestimmt, was geleistet werden muss“. Heesen mahnte eine öffentliche Diskussion über Wertmaßstäbe, über eine „digitale Ordnung der Zukunft“ an. Die Politik sei auch bei Themen wie dem Leistungsschutzrecht, dem Datenschutz angesichts sozialer Netzwerke wie Facebook und beim Kinder- und Jugendschutz gefordert.

Thomas Bellut, Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens, zeigte Herausforderungen des ZDF „Auf dem Weg in die digitale Mediengesellschaft“ auf und nannte als Hauptpunkt das Zusammenwachsen von Fernsehen und Internet. Zwar seien Programmpunkte wie die während der diesjährigen Olympischen Spiele gemeinsam mit der ARD angebotenen Live-Streams oder auch die ZDF-Mediathek sehr erfolgreich. „Der Kern bleibt aber das ZDF-Hauptprogramm mit seinen Inhalten“, machte Bellut deutlich. Mit dem Anschluss des Fernsehens ans Internet sei den TV-Kanälen – auch den Privaten – eine neue, starke Konkurrenz erwachsen. Er, so der Intendant, plädiere für

Kooperation statt Konfrontation: „Dies ist der bessere Weg.“ Vor allem die Zusammenarbeit der Medien, die sich um qualitätsvolle Inhalte bemühen, müsse ausgebaut werden. „Sicher ist: Es wird nicht alles neu. Das Bedürfnis der Zuschauer nach seriöser Information, gut erzählten Geschichten und interessanten Dokumentationen muss auch künftig bedient werden“, sagte der Intendant.

Das ZDF als öffentlich-rechtliche Anstalt müsse „Garant für Qualität und Verlässlichkeit“ sein.

Thomas Rathgeb von der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg stellte die Ergebnisse zweier aktueller Untersuchungen zur Mediennutzung vor: die JIM-Studie 2011 (Jugend, Information, (Multi-)Media) und die FIM-Studie 2011 (Familie, Interaktion & Medien). Das Thema der Medienkonferenz „Digital, jung, social – Medienlandschaft der Zukunft“ wurde bei einer Podiumsdiskussion vertieft, an der NRW-Medienstaatssekretär Marc Jan Eumann, Gerold Hug, Hörfunkdirektor des SWR, Petra Gerlach, stellvertretende Leiterin Medienpolitik der Mediengruppe RTL Deutschland, Hans Hege, Direktor der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, und Volker Stich, Landesvorsitzender Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg, teilnahmen. Der zweite Konferenztag stand im Zeichen des internen Erfahrungsaustausches der dbb Rundfunk- und Medienräte. Zuvor hatte der Intendant der Deutschen Welle, Erik Bettermann, interessante Einblicke in die Arbeit des Auslandsrundfunks gegeben.
(01/36/12)

14.000 Beschäftigte demonstrierten vor dem Landtag in Dresden

(dbb) Gegen die Blockadehaltung der Sächsischen Landesregierung haben am 7. September 2012 rund 14.000 Beschäftigte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes Sachsens und vor allem aus dem Lehrkräftebereich vor dem Landtag in Dresden demonstriert.

Das Land verweigert nach wie vor die Aufnahme von Tarifverhandlungen für Altersteilzeitregelungen und zur Lösung der

Demografieprobleme. „Statt mit uns zu reden, werden hinter verschlossenen Türen Fakten geschaffen! Statt mit uns die Herausforderun-

gen der Zukunft zu gestalten, verfällt die Landesregierung in den alt hergebrachten Sparmodus! Wir stehen gemeinsam hier und zeigen, dass wir auf so eine Politik pfeifen!“, rief Willi Russ, 2. Vorsitzender der dbb tarifunion, den Streikenden zu.

„Dem Freistaat Sachsen steht ein Generationenwechsel in bislang nicht gekanntem Ausmaß bevor. Die gesamte öffentliche Verwaltung muss sich dem demografischen Faktor stellen. Das bedeutet, dass immer mehr ältere Kolleginnen und Kollegen mit immer weniger

jüngeren Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten. Das wird aber nicht mehr lange gut gehen“, so Russ. Die dbb tarifunion fordere die Aufnahme von Verhandlungen zu einem Tarifvertrag, der den demografischen Auswirkungen Einhalt gebietet.

Bereits seit dem 5. September 2012 hatten Kolleginnen und Kollegen vor dem Finanzministerium mit einer Mahnwache auf ihre Probleme aufmerksam gemacht.
(02/36/12)

Baden-Württemberg: Altersteilzeit für schwerbehinderte Tarifbeschäftigte

(dbb) Das Land Baden-Württemberg und die dbb tarifunion haben sich am 10. September 2012 auf eine neue tarifliche Altersteilzeitregelung für schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes Baden-Württemberg verständigt. Dies gaben der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg Ingo Rust und der 2. Vorsitzende der dbb tarifunion Willi Russ am 11. September in Stuttgart bekannt.

Der bisherige Tarifvertrag über Altersteilzeit war zum Ende des Jahres 2009 ausgelaufen. Seit 2010 gab es infolgedessen für Arbeitnehmer keine Möglichkeit mehr, neue Altersteilzeitarbeitsverhältnisse zu vereinbaren. Mit der Neuregelung können schwerbehinderte Beschäftigte nun ihre bisherige Arbeitszeit auf 50 Prozent reduzieren. Dabei erhalten sie vom Arbeitgeber eine erhöhte Bezahlung von 83 Prozent ihres bisherigen Nettoarbeitsentgelts. Wird das Blockmodell gewählt, behält der Arbeitnehmer zunächst seine bisherige Arbeitszeit bei und wird in der zweiten Hälfte der Altersteilzeit bei fortlaufender Bezahlung vollständig freigestellt. Voraussetzung für die Altersteilzeit ist, dass die Beschäftigten mindestens das 55. Lebensjahr vollendet haben. Ein

Rechtsanspruch besteht ab Vollendung des 60. Lebensjahres.

„Damit haben wir eine sozial ausgewogene Neuregelung der Altersteilzeit erreicht. Es wird dem besonderen Interesse von schwerbehinderten Beschäftigten an einem gleitenden Übergang in den Ruhestand Rechnung getragen“, sagte der Staatssekretär. Der 2. Vorsitzende der dbb tarifunion Willi Russ sagte: „Es war uns wichtig, die Altersteilzeit für schwerbehinderte Tarifbeschäftigte möglichst zügig per Tarifvertrag zu regeln. Um die Folgen des demografischen Wandels zu bewältigen, ist das aber nur ein erster Schritt.“
(03/36/12)

Präsident der Rentenversicherung: Rücklagen müssen Beitragszahlern und Rentnern zugutekommen

(dbb) Die Rücklagen der Rentenversicherung müssen sowohl Beitragszahlern als auch Rentnern zugutekommen. Das hat der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Herbert Rische, betont.

Dem „dbb magazin“ (Ausgabe September 2012) sagte Rische, die Rücklage sei durch Beiträge der Versicherten und ihrer Arbeitgeber aufgebaut worden, die in den vergangenen Jahren mehr Geld in die Rentenversicherung

eingezahlt haben als für die Finanzierung der aktuellen Renten nötig war. „Was immer mit diesen Mitteln passiert: Zugutekommen sollten sie auf jeden Fall den Beitragszahlern und Rentnern. Wenn im kommenden Jahr der Bei-

tragssatz gesenkt wird, wie das nach geltendem Recht der Fall ist, käme dies ohne Zweifel den Beitragszahlern zugute. Etwas zeitversetzt würden davon aber auch die Rentnerinnen und Rentner profitieren, weil eine Senkung des Beitragssatzes im Folgejahr zu einer entsprechend höheren Rentenanpassung führt.“ Würde die Reserve genutzt, um einen künftigen Beitragssatzanstieg zu vermeiden oder hinauszuzögern, würden Beitragszahler und Rentner entsprechend entlastet.

„Wenn die Reserve dagegen für Leistungsausweitungen verbraucht wird, profitieren davon die Rentnerinnen und Rentner, jedoch nicht die Beitragszahler“, so Rische weiter. „Und wenn das Vorhandensein einer immer größer werdenden Reserve gar als Grund dafür genutzt würde, den Bundeszuschuss zu verringern, würden letztlich davon weder Beitragszahler noch Rentner, sondern der Staat profitieren.“ Er persönlich sei skeptisch, „ob man wirklich in der Rentenversicherung eine Reserve von Zig-Milliarden Euro aufbauen kann, ohne Begehrlichkeiten der Politik zu wecken“.

Der Präsident der Rentenversicherung bezog in dem Interview auch Stellung zur Rentenangleichung Ost: Nach geltendem Recht werde „der Unterschied zwischen Ost und West in der Rentenversicherung so lange bestehen, wie es noch einen wesentlichen Unterschied im Lohnniveau zwischen alten und neuen Ländern gibt“. Er verstehe, dass das zunehmend verständlicher wird, je länger die Wiederherstellung der deutschen Einheit zurückliegt, so Rische. „Aber man muss auch sehen: Wenn man die abschließende Rentenangleichung vorgenommen hat, kommen danach alle Lohnsteigerungen der Menschen in den neuen Ländern, die über den Anstieg im Westen hinausgehen, den Ostrentnern nicht mehr allein zugute.“ Deshalb beneide er die Politik nicht, die den Zeitpunkt bestimmen muss, an dem dieser Schlusstrich gezogen wird.

Das ganze Interview unter:
http://www.dbb.de/fileadmin/epaper/dbb_magazin_12_09/#/4/04/36712

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Pakt mit der Landesregierung: BBW und Finanzminister bewegen sich aufeinander zu

(dbb) Im Ringen um einen Pakt zwischen der baden-württembergischen Landesregierung und dem BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) haben sich Finanzminister Nils Schmid und BBW-Chef Volker Stich am 10. September 2012 ein weiteres Stück aufeinander zu bewegt. Noch gebe es kein unterschriftsreifes Papier, aber immerhin auf beiden Seiten das ernsthafte Bemühen um eine einvernehmliche Einigung. Auch liege jetzt ein Angebot vor, über das man reden könne, falls Nachbesserungen eingearbeitet werden, sagte der BBW-Vorsitzende nach der eineinhalbstündigen Unterredung.

Stich will jetzt im Gespräch mit den Fraktionspitzen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD so schnell wie möglich die Lage sondieren und nochmals die Haltung des BBW zum Spar-katalog der Landesregierung untermauern. Danach soll der erweiterte BBW-Landesvorstand darüber entscheiden, ob man sich auf Grundlage des nachgebesserten Angebots vom 10. September auf eine Verständigung mit Grün-Rot einlassen will oder nicht. Der Ausgang des Verfahrens sei nach wie vor

offen, sagte Stich. Doch nach seiner Einschätzung „liegt eine Einigung mit der Landesregierung im Bereich des Möglichen“.

Nach Einschätzung des BBW will die Landesregierung unverrückbar an ihrem Plan festhalten und die Eingangsbesoldung für junge Beamte auf drei Jahre befristet absenken. Dieses Vorhaben stößt beim BBW nach wie vor auf herbe Kritik. Damit beschädige sich die Politik ein weiteres Mal, kommentierte Stich dieses Vor-

haben. Positiv hingegen äußerte er sich zu Erklärungen, wonach ein Streichen des zehnpromtigen Zuschlags für eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit nicht weiter ins Auge gefasst werde. Auch bestehe die

Zusicherung, dass es keine Eingriffe in die Versorgung und keine systemrelevanten Eingriffe in die Beihilfe der Beamten und Versorgungsempfänger geben werde.
(05/36/12)

sbb zum Dienstrecht-Gesetzentwurf: „Gemischte Gefühle“

(dbb) Mit „gemischten Gefühlen“ betrachtet der beamtenbund und tarifunion sachsen (sbb) den vorgelegten Gesetzentwurf zur Neuordnung des Dienstrechts. „Es stecken viele Ansätze für eine positive Weiterentwicklung des öffentlichen Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts darin“, konstatierte der sbb am 6. September 2012. Was den sächsischen Beamten aber fehle, sei beispielsweise die Einarbeitung des Volumens der gestrichenen Sonderzahlung in das neue Besoldungssystem, wie von der Staatsregierung Anfang 2010 selbst angekündigt.

Zwar seien die Gewerkschaften in die Erarbeitung einbezogen worden. „Doch von den unterbreiteten Vorschlägen wurde fast nichts aufgegriffen“, so der sbb. „Wir plädierten zum Beispiel für eine einzige ‚Leistungslaufbahn‘ mit vier Einstiegsebenen, wie sie der Freistaat Bayern eingeführt hat, und nicht für eine Zweiteilung, wie jetzt vorgesehen.“

Positiv bewertete der Vorsitzende des sbb, Günter Steinbrecht, die Verbesserung der Möglichkeiten für einen Wechsel von Beamten in

die Privatwirtschaft und umgekehrt. Ob damit der Wettbewerb zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst zu Gunsten des Freistaates ausgeht, zweifelte er aber eher an: „Schon seit langem wird versucht, den Beamten des Freistaates eine Lohnführerschaft anzudichten. Jetzt wird sich zeigen, ob der vermeintlich sichere Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst dem besseren Verdienst bei privaten Arbeitgebern standhalten kann“, so Steinbrecht.
(06/36/12)

Bullerjahn neuer TdL-Chef: dbb sachsen-anhalt erwartet harte, aber faire Verhandlungen

(dbb) Sachsens-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) ist neuer Chef der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Die TdL ist auch Verhandlungspartner der dbb tarifunion, wenn über Tarifverträge im öffentlichen Dienst verhandelt wird.

„Ich gratuliere Jens Bullerjahn zu seiner Wahl zum TdL-Chef. Als dbb Landesvorsitzender kenne ich Jens Bullerjahn seit vielen Jahren und weiß, dass er hart aber fair verhandeln wird“, sagte Maik Wagner, Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt.

Für die Einkommensrunde der Länder im nächsten Jahr erwarte er ergebnisorientierte

Verhandlungen ohne „taktische Spielchen“, so Wagner weiter. Inhaltlich müsse auch 2013 wieder der Spagat zwischen den berechtigten Forderungen der Beschäftigten nach angemessenen Lohnsteigerungen und der Situation der Länderhaushalte bewältigt werden.
(07/36/12)

Finanzämter erledigten 2011 weniger Einsprüche gegen Steuerbescheide

(dbb) Deutschlands Finanzbeamte haben 2011 deutlich weniger Einsprüche gegen Steuerbescheide erledigt als im Vorjahr. Dies ist laut Deutscher Steuer-Gewerkschaft (DSTG) aber keine außergewöhnliche Entwicklung. Der Grund für den Rückgang um 21 Prozent

liege darin, dass 2010 „wahrscheinlich Masseneinsprüche von Steuerzahlern in erheblichem Umfang abgearbeitet wurden“, sagte DSTG-Bundesvorsitzender Thomas Eigenthaler am 10. September 2012 der Nachrichtenagentur AFP. Entscheiden Gerichte über die Rechtmäßigkeit bestimmter Steuerfragen, widersprechen Steuerzahler oft massenhaft gegen Steuerbescheide in den strittigen Punkten.

Als positiv bewertete Eigenthaler, dass die Finanzämter die Gesamtzahl noch unerledigter Einsprüche abbauten. „Die Bugwelle, die wir vor uns herschieben, hat sich verkleinert“, sagte er mit Blick auf die Ministeriumszahlen. Danach lagen zu Jahresbeginn noch 4,19 Millionen unerledigte Einsprüche in den Finanzämtern, zum Jahresende waren es nur noch 3,65 Millionen. Rund 3,61 Millionen Einsprüche gingen bei den Finanzbehörden 2011 aber neu ein.

Nach aktuellen Zahlen des Bundesfinanzministeriums in Berlin wurden 2011 rund 4,15 Millionen Einsprüche abgearbeitet. In rund 63.400 Fällen klagten Steuerzahler 2011 wegen ihrer Steuerbescheide gegen ihr Finanzamt. Dies entspricht einer Quote von 1,5 Prozent der erledigten Einsprüche.
(08/36/12)

VBB: Beamte von Bundeswehrreform enttäuscht

(dbb) Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière geht einen weiteren Schritt bei der Bundeswehrreform. Laut „Financial Times Deutschland“ (FTD/Ausgabe vom 11. September 2012) ist geplant, 2.400 Beamte aus der Bundeswehrverwaltung an Innen- und Finanzministerium abzugeben. Die Betroffenen fühlen sich abgeschoben.

„Die Kollegen sind tief enttäuscht“, sagte der Vorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (VBB), Wolfram Kamm. „Sie haben den Eindruck, man wolle sie abschieben.“ Er zweifle daran, dass der Plan verfassungsgemäß ist, so Kamm.

Die FTD zitiert aus Unterlagen für den Bundestag, wonach zum 1. Juli kommenden Jahres insgesamt 1.930 Stellen in das Innen- und das

Finanzministerium verlagert werden sollen. Bis Ende 2015 sollen weitere 470 Travel-Management-Stellen in das Innenressort wandern. Geplant sei eine so genannte Türschildlösung: Dabei bleiben die Beschäftigten an ihren bisherigen Dienstorten und nehmen die gleichen Aufgaben für die Truppe wahr - jedoch als Mitarbeiter der anderen Ministerien.
(09/36/12)

BDF: „Betreten verboten“ darf es im Wald nicht geben

(dbb) Bereits zum vierten Mal hat der Bund Deutscher Forstleute (BDF) gemeinsam mit dem Deutschen Forstwirtschaftsrat (DFWR) am 11. September 2012 in Berlin sein forstpolitisches Gespräch mit Bundestagsabgeordneten und hochrangigen Ministeriumsvertretern veranstaltet. Beide Verbände forderten die Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht der Waldbesitzer einerseits und andererseits ein Recht der Bürger auf Betreten des Waldes.

Trotz der Änderungen im Bundeswaldgesetz bestehe nach wie vor ein nicht hinzunehmendes Haftungsrisiko. Diese Last müsse von den Schultern der Forstleute und Waldbesitzer genommen werden, hieß es.

„Das freie Betreten des Waldes ist ein hohes Gut und wesentlicher Bestandteil der Gemein-

wohleistung deutscher Wälder“, sagte Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF. „Das Betreten des Waldes und die Benutzung der Waldwege auf eigene Gefahr einerseits, festgeschrieben im Bundeswaldgesetz, widerspricht jedoch der aktuellen Rechtsprechung, die Forstleute und Waldbesitzer sehr verunsi-

chert zurücklässt“, ergänzte DFWR-Präsident Georg Schirmbeck.

Diesen Gerichtsurteilen folgend, wären die Forstleute Deutschlands nur noch mit der Kontrolle der Bäume entlang von Wegen und Stra-

ßen beschäftigt, ohne wichtige Aufgaben wie Holzernte, Waldpflege, Beratung oder Naturschutz erfüllen zu können. „Dies kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein“, so Jacobs. (10/36/12)

VBE-Chef Beckmann: „Quote der Schulabbrecher immer noch zu hoch“

(dbb) „Das Europäische Parlament setzt die richtigen Akzente“, so der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Udo Beckmann. Am 11. September 2012 hatte das Europäische Parlament eine bildungspolitische EntschlieÙung verabschiedet, mit der es die Mitgliedstaaten zu mehr Investitionen in die schulische Bildung auffordert.

„StraÙburg gibt einen wichtigen Fingerzeig, vor allem was die Problematik abgebrochener Schullaufbahnen anbelangt“, stellte Beckmann fest. Der VBE spreche sich klar für mehr Investitionen in die allgemeinbildenden Schulen aus. Es sei gut, wenn Europa die auch in Deutschland nach wie vor zu hohe Zahl von Schulabbrechern thematisiere. Der unmittelbare Vergleich von Bildungssystemen sei oftmals schwierig. Es gebe aber Größen, deren europaweiter Vergleich durchaus Sinn mache. „Die Höhe der Bildungsausgaben einer Volkswirtschaft oder die Schulabbruchsquote sind solche Größen“, sagte der VBE-Bundesvorsitzende. Die EU sei zwar nicht für die Bildungssysteme zuständig. „Das regeln die

Mitgliedstaaten aus gutem Grund selbst. Die EU kann aber bei der Suche nach Verbesserungen helfen. In diesem Sinne leistet das Europäische Parlament mit seiner EntschlieÙung einen wichtigen Beitrag.“

„Die EntschlieÙung ist, anders als mancher Text aus Brüssel, von großem Realitätssinn geprägt. Das Parlament macht deutlich, dass für das lebenslange Lernen, das Brüssel mindestens seit der Jahrtausendwende fortwährend propagiert, vielfach die grundlegendsten Voraussetzungen fehlen“, sagte Beckmann. So sei die Zahl der Schulabbrecher in Europa nach wie vor viel zu hoch. (11/36/12)

Philologenverband bewertet Aussagekraft mancher Bildungsumfragen skeptisch

(dbb) Der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, hat die Aussagekraft mancher Bildungsumfragen skeptisch bewertet. Hintergrund ist eine aktuelle Emnid-Umfrage zur Bildung.

„Welche Handlungsoptionen soll eine Politik aus Umfragen herauslesen, in denen 79 Prozent der befragten Eltern für ein neunjähriges Gymnasium sind, aber 60 Prozent der Befragten für eine längere Grundschulzeit? Ist eigentlich niemandem aufgefallen, dass sich die Erfüllung beider Mehrheitsmeinungen gegenseitig ausschließt?“, fragte Meidinger am 13. September 2012.

Ähnlich verhalte es sich auch mit der Tatsache, dass eine Mehrheit der Eltern für Inklusion sei,

aber gleichzeitig 70 Prozent der Befragten glauben, dass behinderte Kinder an Förderschulen besser aufgehoben seien. Den Grund für diese Widersprüche sieht der DPHV-Vorsitzende teilweise bereits in den Fragestellungen, die Zusammenhänge eher verschleiern als aufdecken. Der Politik riet Meidinger, gerade in der Bildungspolitik bei Reformen behutsam vorzugehen, möglichst alle Betroffenen mitzunehmen und sich nicht von wechselnden Umfrageergebnissen leiten zu lassen. (12/36/12)

DPoIG fordert europäisches Netzwerk zur Kriminalprävention

(dbb) Für alle Opfer von Straftaten sollen überall in der EU die gleichen Mindestrechte gelten. Auch eine Begutachtung ihrer besonderen Schutzbedürfnisse soll EU-weit eingeführt werden. Eine entsprechende Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates steht am 12. September 2012 im Plenum zur Abstimmung.

Der Entwurf sieht auch kostenfreie Opferhilfsdienste wie psychologische Betreuung, Verdolmetschung und Übersetzung vor. In der EU werden jedes Jahr ungefähr 75 Millionen Menschen Opfer eines Verbrechens.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) begrüßte die geplante Richtlinie des Europäischen Parlaments. Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Wir unterstützen seit langem Maßnahmen auf nationaler Ebene, die den Opferschutz voranbringen. So wirkt das Gewaltschutzgesetz bei häuslicher Gewalt beispielgebend, wenn es um die Rechte und Möglichkeiten des Opfers geht. Kriminalität macht jedoch längst nicht mehr vor Grenzen halt. Grenzüberschreitende Verbrechen sowie Alltagsdelikte sind in Europa leider an der Tagesordnung.“

Deshalb ist die jetzt verabschiedete EU-Richtlinie für einen verbesserten Opferschutz überfällig.“

Wichtig sei aber auch, an gemeinsamen Projekten zur Prävention von Straftaten zu arbeiten. „Ähnlich wie im Verkehrsbereich, wo das europäische Netzwerk der Verkehrspolizeien – TISPOL – Erfolge bei der Verkehrsunfallbekämpfung verzeichnet, schlagen wir eine Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitskräfte im Bereich der Kriminalprävention vor. Einbruch, Diebstahl, Raub und Körperverletzung – davor fürchtet sich jeder EU-Bürger. Alle Maßnahmen, die dem Schutz vor solchen Straftaten dienen, kommen daher unmittelbar den Bürgerinnen und Bürgern zugute.“
(13/36/12)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der stellvertretende Bundesvorsitzende des BLBS (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen)

Wolfgang Herbst hat sich am 10. September 2012 in Berlin mit einer 50-köpfigen südkoreanischen Delegation getroffen. Herbst informierte die Gäste über die Organisation von Lehrerwerkschaften, insbesondere des BLBS, unter dem Dach des dbb und stellte sich den Fragen aus der Delegation. Dabei ging es insbesondere um das System der Lehrerbildung, das Einstellungsverfahren von Lehrern und Besoldungsfragen. Es kamen auch die gravierenden Unterschiede zwischen Südkorea und Deutschland zur Sprache: In Südkorea werden die Lehrer nach Leistung bezahlt und sind abhängig vom Votum des Schulträgers, des Kollegiums und der Eltern. Entspricht die Evaluation nicht den Anforderungen, wird die Lehrkraft wieder frei gesetzt. Das sichere deutsche Beamtensystem in der Lehrerschaft habe einen starken Eindruck bei den Gästen hinterlassen, so der BLBS.

Zahlreiche Beschäftigte haben am 8. September 2012 in Kaiserslautern lautstark gegen die geplante Schließung des Standortes der Rheinpfalz Telefonservice GmbH (RTG), einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der RTG, protestiert. Zu der Protestkundgebung hatte die **DPVKOM** aufgerufen, die in dem Call-Center zahlreiche Mitglieder organisiert. Die Beschäftigten wehren sich zusammen mit der DPVKOM gegen den Beschluss der RTG-Geschäftsleitung, den Standort Kaiserslautern zum Jahresende 2012 schließen zu wollen. Begründet wird dieser Beschluss mit angeblich fehlender Wirtschaftlichkeit des Standortes. Das Unternehmen weigert sich jedoch, konkrete Zahlen vorzulegen, die diese Behauptung auch belegen. Die Schließung des Standortes hätte zur Folge, dass dort mehr als 100 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die Anerkennung der Lehrer muss sich im Gehalt widerspiegeln. Das hat der Vorsitzende

des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), **Udo Beckmann**, betont. „Selbstverständlich müssen Lehrerinnen und Lehrer so bezahlt werden wie Menschen in anderen vergleichbaren Akademikerberufen“, sagte Beckmann am 11. September 2012 mit Blick auf den jüngsten OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2012“. „Es ist mehr als bedenklich, wenn Deutschland in der OECD hier eher eine Ausnahme darstellt. Wie keine andere Berufsgruppe leisten wir einen großen Beitrag zur Steigerung der Rendite von Bildungsausgaben. Die Anerkennung des Lehrerberufs darf sich nicht nur in lobenden Worten erschöpfen, sondern muss auch an der Bezahlung ablesbar sein. Das ist umso wichtiger, weil schon jetzt Lehrer fehlen und der Altersdurchschnitt der Lehrer bei fast 50 Jahren liegt.“

Trotz noch vorhandener Verbesserungsmöglichkeiten hat sich der Vorsitzende des Deut-

schen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, sehr zufrieden zu den Ergebnissen der neuen OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2012“ geäußert. Besonders positiv seien die Senkung der Quote von Schulabgängern ohne Abschluss von 8 Prozent vor 5 Jahren auf jetzt 6,5 Prozent (OECD-Schnitt: über 10 Prozent), die überdurchschnittliche Bildungsbeteiligung sowie die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. „Bei allen noch vorhandenen Missständen ist anzuerkennen, dass das deutsche Bildungssystem sich als eines von ganz wenigen in den letzten zehn Jahren kontinuierlich qualitativ steigern konnte“, sagte Meidinger am 12. September 2012. Bedauerlich seien einzelne offenkundige Fehler in dem Bericht. So sei die Behauptung, es gebe in Deutschland mehr Jugendliche, die einen niedrigeren Schulabschluss als ihre Eltern erwerben, nachweisbar falsch.
(14/36/12)